

„Die werden nahezu ausgelöscht“

Paul Murphy lebt in Dublin und ist Europaabgeordneter der irischen Sozialistischen Partei

Raoul Rigault

EZB-Präsident Mario Draghi ist sehr erfreut über den irischen Staatshaushalt für 2014. Wie ist ihre Meinung?

Es ist keine Überraschung, dass Draghi glücklich ist und immer wenn er das ist, haben die einfachen Leute Anlass sich Sorgen zu machen. Trotz des Geredes vom Ende der Askese und den Schlagzeilen, die verkünden, dass die Kürzungen von 3,1 auf 2,5 Milliarden Euro reduziert worden seien, stellt dieses Budget die Fortsetzung der grausamen Austeritätspolitik dar, die die Europäische Zentralbank zusammen mit der EU-Kommission vorantreibt.

Wer ist am stärksten betroffen?

Jugendliche und alte Menschen. Die Alten verlieren ihre Ermäßigung der Telefonkosten und müssen um ihre kostenlose Gesundheitsversorgung bangen. Ihren Familien wird die im Todesfall gezahlte Beihilfe zu den Bestattungskosten von knapp tausend Euro gestrichen. Die Arbeitslosenhilfe der 22 bis 24jährigen wird von 144 auf 100 Euro die Woche gesenkt und für die 25jährigen von 188 auf 144 Euro. Dies wurde zurecht als "Emigrationsklausel" bezeichnet, weil es noch mehr junge Leute dazu zwingt, das Land zu verlassen.

Dieser ökonomische Krieg gegen die Erwerbslosen wurde verbunden mit einer erneuten ideologischen Attacke, die alle ohne Job als faul und arbeitsunwillig hinstellt. Die Labour Party war dabei ganz vorn. Ihre Führung verteidigte ausdrücklich die Kommentare eines LP-Abgeordneten, der meinte, die Einschnitte seien notwendig, um die Jugendlichen davon abzuhalten, nur zu Hause zu sitzen und Fernsehen zu gucken.

Was ist noch vorgesehen?

Neben diesen besonderen Angriffen werden die meisten Leute durch die Eigentumssteuer hart getroffen, die vor einem halben Jahr eingeführt wurde und im Januar 2014 erstmals für komplette zwölf Monate fällig wird. Für eine durchschnittliche Arbeiterfamilie bedeutet das 500 bis 600 Euro weniger im Jahr. Außerdem gibt es massive Streichungen im Gesundheitswesen in Höhe von 666 Millionen Euro und einen weiteren Abbau im Bildungsbereich. Die Auswirkungen all dieser Kürzungen werden in den kommenden Monaten durch das Herunterfahren der öffentlichen Dienste spürbar.

Der irische Gewerkschaftsbund ICTU spricht davon, dass "30.000 Jobs in Gefahr sind". Ist das realistisch?

Ja, das ist eine echte Gefahr. Mit diesem neuerlichen Sparhaushalt werden die Ärmsten getroffen, die den größten Teil ihres Einkommens ausgeben. Doch auf diese Art wird das Geld für den Konsum noch knapper. Nach Beginn der Krise ist der Verbrauch ohnehin kollabiert und blieb danach auf niedrigem Niveau. Die Verringerung der Einkommen der Bevölkerung untergräbt, zusammen mit der drückenden privaten Schuldenlast, insbesondere für Hypotheken, jede Basis für einen Aufschwung im Inland. Obendrein bleibt der Einstellungsstopp im öffentlichen Sektor bestehen. Leute, die in Rente gehen, werden nicht ersetzt. Am meisten gefährdet sind daher die Beschäftigten im Einzelhandel und in der Dienstleistungsbranche.

Der Kolumnist der "Irish Times" Chris John meint: "Wenn das Wachstum kommt, könnte der Haushalt für 2014 der letzte Sparhaushalt sein". Hat die Republik die Krise wirklich überwunden?

In all diesen optimistischen Statements des Establishments in Politik und Medien heißt es immer "wenn", weil die Vorhersagen der rechten Wirtschaftsforscher und Denkfabriken ernsthafte Wachstumsraten stets für "nächstes Jahr" prognostizieren. Aber aus "nächstem" scheint niemals "dieses Jahr" zu werden! Im letzten Haushalt wurde ein Plus des Bruttoinlandsproduktes von 1,5 Prozent für 2013 zugrunde gelegt, doch das Finanzministerium hat diese Zahl inzwischen auf 0,2 Prozent reduziert. Dafür versprechen sie nun zwei Prozent für nächstes Jahr.

Tatsächlich gibt es aber keine Anzeichen dafür, dass dies eintritt. Die Binnennachfrage ist aufgrund ihrer Kürzungspolitik absolut tot. Private Investitionen befinden sich mit 10 Prozent des BIP auf einem Tiefpunkt. Das ist der niedrigste Wert in der gesamten EU und laut IWF wird das auch bis 2016 so bleiben. Während die Exporte in der ersten Krisenphase durch das Drücken der Arbeitskosten zunahm, stagnieren sie nun infolge der globalen Probleme und der fehlenden Investitionen. Das heißt ohne eine spürbare Erholung der Weltwirtschaft, die sehr unwahrscheinlich ist, gibt es schwerlich ein nennenswertes Wachstum in Irland.

Wie steht es in punkto Staatsverschuldung?

Die EU-Kommission prognostiziert, dass der irische Schuldenberg 125 Prozent des Inlandsproduktes erreicht und dann abnehmen wird. Dieser Abbau beruht allerdings auf einer guten Konjunktur über eine ganze Reihe von Jahren. Passiert das nicht, steigen die Verbindlichkeiten und wird offensichtlich, dass sie untragbar sind. Zwar arbeitet die Große Koalition in Dublin an einem formellen Ausstieg aus dem "Bail-out"-Programm zum Jahresende, wird aber mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) "vorsichtshalber" eine Kreditlinie vereinbaren. Das bedeutet die Fortsetzung der "verbesserten Überwachung", also Besuche von Anzugträgern, die sicherstellen, dass der brutale Sparkurs beibehalten wird.

Selbst in den normalen Tarifverhandlungen scheinen sich die Gewerkschaften in

einer heiklen Lage zu befinden. Bildungsminister Ruari Quinn warnte die Lehrer kürzlich: "Streikt und Ihr lauft Gefahr, Euren Job zu verlieren." Eine leere Drohung? Über wie viel Stärke und Entschlossenheit zum Widerstand verfügt die Gewerkschaftsführung?

Die in der ASTI organisierten Lehrer haben bei ihrer Opposition gegen das "Haddington Road"-Abkommen Rückgrat bewiesen. Diese Übereinkunft sieht einen weiteren Abbau von Rechten für öffentlich Bedienstete vor: Verlängerung der Arbeitszeit, schlechtere Bedingungen usw. Eine Mehrheit der Basis lehnte die erste Version dieses Agreements, entgegen den Empfehlungen ihrer meisten Führer, ab. Dann gab es allerdings sehr heftige Drohungen und Einschüchterungsversuche von der Regierung. Noch skandalöser war aber, dass sich die obersten Funktionäre an dieser Kampagne gegen ihre eigenen Mitglieder beteiligten, um sie bei der zweiten Abstimmung zu einem Ja zu zwingen. Das war, mangels starker oppositioneller und Basisgruppen, leider erfolgreich.

Trotz dieses Rückschlags lehnten die Lehrer in der ASTI das Abkommen ab. Auch wenn sie mit sehr ernstzunehmenden Drohungen und Opposition seitens der Regierung konfrontiert sind, haben sie aufgrund ihrer Stellung durchaus eine Menge Macht. Im Augenblick findet "Dienst nach Vorschrift" statt, wobei die Lehrkräfte jede Art von Überstunden und ähnliches verweigern. Das führt bereits zu einigen Störungen und sorgt für einen gewissen Druck auf die Exekutive. Sollte die Regierung ihren Angriff fortsetzen, müssen die Kampfmaßnahmen ausgeweitet werden und auch Steiks umfassen, um sie zurückzuschlagen. Sollte es soweit kommen, können sie mit einer Menge öffentlicher Unterstützung rechnen, wenn sie ihren Kampf mit dem Widerstand gegen den Bildungsabbau verbinden.

Verliert Labour als Juniorpartner in der Großen Koalition unter den Arbeitern aufgrund dieser erneuten Kürzungen an Unterstützung?

Die werden bei den nächsten Wahlen nahezu ausgelöscht. In einer eben veröffentlichten Meinungsumfrage sacken sie landesweit auf sechs Prozent ab, so wenig wie seit 25 Jahren nicht mehr. Und das war vor Bekanntmachung des Haushaltsentwurfs! Auch wenn Abweichungen und eine leichte Zunahme denkbar sind, ist der Trend sehr eindeutig und der lautet: mit Labour geht es bergab, weil sie von großen Teilen der Bevölkerung zu Recht dafür kritisiert werden, dass sie ihre Wahlversprechen so offensichtlich gebrochen haben und all diese Kürzungen zulassen. Das Budget ist so etwas wie die Krönung dessen.

Im Mai 2014 stehen Europawahlen an. Du sagtest, dass es schwer werden könnte, wieder gewählt zu werden. Warum?

Diese Wahlen werden ein wichtiger Kampf, bei dem es keine Garantie für Sieg oder Niederlage gibt. Es ist ein sehr enges Rennen. Dublin hat drei Sitze zu vergeben, die derzeit von Fine Gael, Labour und der Sozialistischen Partei gehalten werden. Die größte, tendenziell "christdemokratische", Regierungspartei Fine Gael wird ihren wahrscheinlich behalten. Auch wenn sie einige Prozentpunkte verloren haben, ist das nicht mit dem dramatischen Absturz von Labour vergleichbar.

Die ebenfalls mitte-rechte, traditionell größte Partei Irlands, Fianna Fail, die bei den letzten Wahlen schwere Verluste einstecken musste, wird mit aller Macht versuchen, einen Sitz zu gewinnen, Sinn Fein ist allgemein im Aufwind und hat hohe Umfragewerte, weil sie die sichtbarste und größte Kraft ist, die sich gegen die Kürzungen ausspricht, wenn auch mehr in Worten als in Taten und scheinheiligerweise, da sie in Nordirland als Regierungspartei diese Politik selbst praktiziert. Labour ist schwer angeschlagen und wird ihren Sitz meiner Ansicht nach verlieren.

Was wahrscheinlich passieren wird ist (auch wenn Du nicht ausschließen kannst, dass unabhängige Kandidaten auftreten und sich behaupten), dass Fine Gael einen Abgeordneten stellt und die beiden anderen zwischen uns, Fianna Fail und Sinn Fein ausgefochten werden, wobei Labour das Nachsehen hat.

Wir werden sehr hart kämpfen, um den Sitz zu gewinnen und ich denke, wir haben eine gute Chance. Politisch ist die Lage anders als 2009. Wut und Enttäuschung über die Labour Party im Besonderen ist sehr viel größer. Stärker ist auch die Desillusionierung über das politische Establishment. Während vor vier Jahren aber der Unmut und die Reaktion großer Teile der Arbeiterklasse auf die Krise weitgehend als "links" charakterisiert wurde, mit der Kritik an der Gier von Bankern und Bauunternehmern, ist es jetzt viel komplizierter. Aufgrund einer Anzahl von Niederlagen und der wirklich üblen Rolle der Gewerkschaftsführer herrscht bis zu einem gewissen Grad mehr Konfusion über die Ursachen der Krise mit einer starken Anti-Parteien-Stimmung, die nicht nur die etablierten Parteien trifft, sondern auch die linken.

Es gibt aber auch interne Probleme oder?

Leider kommt zu all diesen Komplikationen noch hinzu, dass die Socialist Workers Party (SWP) und das von ihr dominierte Bündnis "People Before Profit" (Menschen vor Profit) beschlossen haben, ebenfalls bei den Europawahlen in Dublin anzutreten. Auch wenn wir ihr Recht anerkennen, überall zu kandidieren, wo sie wollen, appellieren wir und viele andere Linke in Irland an sie, ihre Entscheidung rückgängig zu machen. Ihr Kandidat hat keine ernsthafte Chance zu gewinnen. Er wird nur das Votum für die Linke zersplittern und kann die beste Gelegenheit für die Linke einen Sitz zu gewinnen, zunichte machen. Wir hoffen, sie überlegen sich das noch mal.

Wenn nicht, wird uns das schaden, aber wir denken, dass wir es dennoch schaffen können. Wir wollen breite Teile der Linken und hunderte politisch ungebundene Arbeiter, die fünf Jahre lang die Vorteile eines nicht sektiererischen und prinzipientreuen linken Europaabgeordneten erlebt haben, in den Wahlkampf der Sozialistischen Partei einbeziehen. Die Reaktion darauf ist bisher sehr gut. Wir machen überall in Dublin Versammlungen mit Leuten, die nicht der SP angehören, aber bei unserer Kampagne mitmachen wollen.